



Werner Gatzert

Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Oberste Bundesbehörden
- je 2-fach -

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 60

FAX +49 (0) 30 18 682-42 44

E-MAIL Werner.Gatzert@bmf.bund.de

DATUM 18. Dezember 2013

BETREFF **Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2014 sowie für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans 2014 bis 2018 im Top-Down-Verfahren (Aufstellungsrundschreiben)**

ANLAGEN 13 Anlagen (Anlagen 1 und 2, Anhänge 1 bis 11)

GZ **II A 1 - H 1105/13/10002 :001**

DOK **2013/0997784**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode sind neben dem neuen Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 auch der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und der Finanzplan 2014 bis 2018 zu erstellen. Rahmenbedingungen bilden hierbei die Festlegungen des Koalitionsvertrages. Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2014 strukturell ausgeglichen ist und beginnend mit dem Jahr 2015 ohne Neuverschuldung aufgestellt wird. Daneben sind die im Koalitionsvertrag unter „Prioritäre Maßnahmen“ genannten Vorgaben umzusetzen. Es wurde vereinbart die Politikbereiche Infrastrukturausbau, Bildung und Forschung, Entwicklungszusammenarbeit und die soziale Sicherung zu stärken und die Kommunen und Länder in der kommenden Legislaturperiode zu entlasten.

Alle darüber hinaus genannten Maßnahmen im Koalitionsvertrag stehen unter dem dort enthaltenen Finanzierungsvorbehalt und sind daher nur umsetzbar, wenn sie im Einzelplan bzw. im jeweiligen Politikbereich gegenfinanziert werden.

In Bezug auf den Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 nach § 9 der Geschäftsordnung der Bundesregierung bitte ich die betroffenen Ressorts, die entsprechenden Umsetzungen von



Mitteln und Planstellen untereinander zu regeln (Personal- und Versorgungsausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben etc.). Dazu rege ich an, möglichst unverzüglich miteinander in Kontakt treten. Die entsprechenden Umsetzungen haben für den Gesamthaushalt haushaltsneutral zu erfolgen.

Im Vorfeld der weiteren Aufstellungsverfahren beabsichtige ich, Sie nach der am 22. Januar 2014 vorgesehenen Kabinettklausur zu einer St-Besprechung einzuladen, um die wesentlichen Eckpunkte der Haushaltsaufstellung 2014 und der Aufstellung des Eckwertebeschlusses für den Bundeshaushalt 2015 und des Finanzplans bis 2018 mit Ihnen zu erörtern. Hierzu werde ich Sie zu Beginn des Jahres gesondert einladen.

Aufstellung des zweiten Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2014

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode ist ein neuer Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 zu erstellen und den gesetzgebenden Körperschaften zuzuleiten.

1. Zeitplan

Die Beschlussfassung im Kabinett ist für den 12. März 2014 vorgesehen. Grundlage für die Aufstellung des zweiten Regierungsentwurfs 2014 bildet der vom Kabinett am 26. Juni 2013 beschlossene erste Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014. Der Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2017 wird grundsätzlich nicht angepasst.

Soweit bis

7. Februar 2014

keine Änderungsvorschläge zu den nachfolgend aufgeführten Punkten vorliegen, wird BMF den ersten Regierungsentwurf für die Kabinettbefassung zu Grunde legen.

2. Ansatzveränderungen

2.1 Zwingend notwendige Ansatzveränderungen:

- Zur Anpassung an veränderte gesamtwirtschaftliche Eckdaten (insbesondere Steuern, Arbeitsmarktausgaben, Rentenausgaben)
- Zur Vermeidung von üpl.-Tatbeständen gegen Umschichtung im Einzelplan
- Zur Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin

- 2.2 Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten „Prioritären Maßnahmen“, sofern sie finanzielle Auswirkungen im Jahr 2014 haben.
3. Des Weiteren ist die Dokumentation der Sonderabgaben (Übersicht Teil VI des Haushaltsgesetzes) zu aktualisieren (Hinweis auf Ziffer 19 des Rundschreibens vom 6. Dezember 2012 - II A 1 - H 1105/12/10001 :001 -).
4. Der Personalhaushalt ist grundsätzlich unverändert zu übernehmen. Auf eine pauschale Stelleneinsparung wird wie auch im Vorjahr verzichtet. Sollte trotz der dadurch eintretenden Erleichterungen in der Personalplanung ausnahmsweise eine Neubewilligung ohne Kompensation erforderlich sein, werden die bewilligten Planstellen und Stellen in allen Einzelplänen eingespart.

Zu berücksichtigen sind jedoch folgende Punkte:

- Umsetzungen aufgrund von Ressortneuzuschnitten (Aufgabenübergang)
- Ab 2014 werden die bestehenden Haushaltsvermerke für Planstellen und Stellen auf die nachweislich Überhangpersonal versetzt wurde, gestrichen.
- Sonstige technische Änderungen bei Planstellen/Stellen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf (Wirksamwerden von kw-Vermerken, Leerstellen etc.).

Die o. g. Punkte betreffende Stellenplanveränderungen sind ebenfalls bis 7. Februar 2014 an das zuständige Spiegelreferat im BMF zu senden.

5. Im Übrigen gelten die Regelungen des ersten Aufstellungs Rundschreibens vom 6. Dezember 2012 - II A 1 - H 1105/12/10001 :001 - sinngemäß fort (bis auf Ziffer 7.3 letzter Halbsatz).
6. Für die Aufstellung des Wirtschaftsplans des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ im Top-Down-Verfahren folgt ein weiteres, gesondertes Rundschreiben.

7. Technische Hinweise

- 7.1 Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge wird von Ihnen vom zuständigen BMF-Haushaltsreferat gesondert mitgeteilt.
- 7.2 Für Zahlungen in fremder Währung gilt Nr. 4.10 HRB. Danach sind als Aufstellungskurse die Wechselkurse der EZB sowie der Referenzwert für die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds am 31. Dezember 2013 zu berücksichtigen. Anfang Januar 2014 wird eine entsprechende Wechselkursübersicht im Intranet Bund bekannt gegeben (unter www.intranet.bund.de >Haushalt > IVBB-Intranetseite: *[auf den dortigen Link klicken]* > Bundeshaushalt 2014 - 2. Haushaltsaufstellung). Sollte nach der weiteren Kursentwicklung eine Anpassung wechselkursabhängiger Titelansätze notwendig werden, erfolgt diese im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens (mit BMF-Sammeldeckblatt in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses). Die dafür anzuwendenden Wechselkurse werden dann gesondert bekannt gegeben.
- 7.3 Wegen der Verfahrensvorgaben unter Nr. 2 wird ein neuer Gelbdruck nicht übersandt. Es besteht die Möglichkeit, selbstständig ein Druckstück zu produzieren (s. auch Anlage 2, Ziffer 24.2 des o. g. Aufstellungs Rundschreibens vom 6. Dezember 2012).
- 7.4 Die erforderlichen Datenbankerfassungen bitte ich, unmittelbar in der Ressortdatenbank vorzunehmen und im Dialog zu übermitteln (s. auch Anlage 2, Ziffer 24.3 des o. g. Aufstellungs Rundschreibens vom 6. Dezember 2012).

Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans des Bundes 2014 bis 2018

Das regierungsinterne Verfahren für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans des Bundes 2014 bis 2018 sowie des Wirtschafts- und Finanzplans des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ wird - wie bereits in den Vorjahren - als Top-Down-Verfahren durchgeführt. Vom Top-Down-Verfahren ausgenommen sind die Einzelpläne der in § 28 Absatz 3 BHO genannten Institutionen (Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20).

Der **aktuelle Ablaufplan** für das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren - der unter dem Vorbehalt noch möglicher Änderungen steht - ist der **Anlage 1** zu entnehmen.

Mit Blick auf die absehbare enge Terminlage für die Erarbeitung der Kabinetttvorlage zum Eckwertebeschluss bitte ich sicherzustellen, dass in diesem Zusammenhang ggf. noch erforderliche, für die Eckwerteermittlung relevante Informationen Ihrer Haushaltsreferate meinen zuständigen Referaten kurzfristig übermittelt werden.

Unmittelbar nach der Eckwerte-Kabinettsitzung werden mit einem weiteren Rundschreiben der Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten sowie ergänzende Verfahrensregelungen bekannt gegeben.

Bei der Vorbereitung und der Erstellung der Haushaltsvoranschläge auf Basis der Eckwerte sowie im weiteren Aufstellungsverfahren bitte ich um Beachtung der Verfahrenshinweise nach der Anlage 2.

Ihre Haushaltsreferate erhalten dieses Rundschreiben in elektronischer Form unmittelbar per E-Mail. Ferner wird das Rundschreiben im Intranet des Bundes unter

- *www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2014 - 2. Haushaltsaufstellung (ohne Anlagen/Anhänge)* sowie unter
- *„www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2015 - 1. Haushaltsaufstellung“ (mit Anlagen/Anhängen)*

veröffentlicht.



Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Anlage 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/13/10002 :001

DOK: 2013/0997784

**Vorläufiger Terminplan
für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018**

	<u>2014</u>
Jahreswirtschaftsbericht	Ende Januar
St- Besprechung Aufstellung Eckwerte	
Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch BMF	bis Mitte / Ende Februar
Zuleitung Kabinettvorlage an Kabinett	in der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss	12. März
Bekanntgabe des Kabinettschlusses mit BMF-Rundschreiben	zeitnah nach Kabinettsitzung
	<i>(Schulferien 14. - 26. April 2014)</i>
Vorlage der Anmeldungen zum Personalhaushalt bei BMF	bis 28. März
Vorlage der Voranschläge zum Sachhaushalt bei BMF	bis 28. April
Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	Mitte/Ende April
Steuerschätzung	6. - 8. Mai
Abschluss Haushaltsgespräche Ressorts/BMF	bis 13. Juni
Zuleitung an Kabinett	in der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Regierungsentwurf des BHH 2015 und Fpl. 2014 bis 2018	2. Juli

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis 2018

Inhaltsübersicht

Ziffer	Bezeichnung
1.	Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB)
2.	Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen
3.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben
4.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung
5.	Verpflichtungsermächtigungen
6.	Flexibilisierte Ausgaben
7.	Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)
8.	Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen
9.	Ausgaben für die Informationstechnik
10.	Selbstbewirtschaftungsmittel
11.	Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -
12.	Projektförderung bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8
13.	Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel
14.	Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen
15.	Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“ (DLZ)
16.	Baumaßnahmen des Bundes
17.	Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)
18.	Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände; Zahlungen in fremder Währung
19.	Dokumentation der Sonderabgaben
20.	Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren
21.	Personalhaushalt
22.	Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen
23.	Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“
24.	Technische Hinweise
25.	Darstellung der EU-Mittel
26.	Vorschriften zur Haushaltssystematik des Bundes

Hinweis:

Word-/Exceldateien der zu den einzelnen Ziffern nachfolgend genannten (Formblatt-)Muster können im Intranet des Bundes herunter geladen werden

(unter > www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken]
> Bundeshaushalt 2015 - 1. Haushaltsaufstellung).

1. Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes

Grundlage für die Gestaltung der nach dem Eckwertebeschluss vorzulegenden Haushaltsvoranschläge sind auch für das Top-Down-Haushaltsaufstellungsverfahren die Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB) in der mit BMF-Rundschreiben vom 15. Dezember 2008 - II A 1 - H 1105/08/10007; DOK 2008/0710120 - veröffentlichten Fassung. Dazu gelten folgende Ausnahmen:

- Abweichend von Nr. 9.3.2 HRB ist bei der Übersicht der Funktionsplanstellen auf § 1 der Bundesobergrenzenverordnung vom 11. Juni 2009 abzustellen.
- Abweichend von Nr. 9.9.6 HRB ist in den Voranschlägen ohne Änderung der Spaltenbezeichnung die Ist-Besetzung mit Stand 1. Februar 2014 einzutragen.
- Für die gemäß Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 17. Oktober 2012 (Ausschussdr. 17(8)5098) bereits in die neue Haushaltsstruktur überführten Einzelpläne gelten bis zum Inkrafttreten überarbeiteter HRB die Regelungen der jeweils aktuellen HRB-Entwurfssfassung. BMF wird alle Ressorts fortwährend und zeitnah über Neuerungen/Änderungen informieren.
Anwendungsprobleme bitte ich bilateral zwischen den Haushaltsreferaten der Ressorts und den Haushaltsreferaten des BMF zu klären.
Hinweis: Die Umstrukturierung aller Einzelpläne sollte ursprünglich bis zum Regierungsentwurf 2015 abgeschlossen sein. In Anbetracht der voraussichtlich nahezu zeitgleich aufzustellenden Bundeshaushalte 2014 (2. Regierungsentwurf und parlamentarisches Verfahren) und 2015 (Eckwerte und Regierungsentwurf) musste die Umstrukturierung der noch ausstehenden Einzelpläne bis zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2016 zurückgestellt werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird im nächsten Sachstandsbericht zur Neustrukturierung des Bundeshaushalts entsprechend unterrichtet werden.

2. Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen

BMF überprüft die Voranschläge hinsichtlich der vollständigen Umsetzung der Eckwerte, der Etatreife, der sach- und bedarfsgerechten Titelveranschlagung, der Berücksichtigung verfügbarer Ausgabereste bei der Dotierung flexibilisierter Ausgaben sowie hinsichtlich der Beachtung der einschlägigen haushaltsrechtlichen und -technischen Regelungen (wie die Ausbringung von Haushaltsvermerken und Verpflichtungsermächtigungen).

Den Voranschlägen sind daher - neben den nachfolgend angeforderten bzw. nach den HRB vorzulegenden Unterlagen - alle für diese titelscharfen Einzelprüfungen notwendigen haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügen.

3. Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben

Gemäß §§ 7 und 34 BHO sind sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Für **Einnahmen** bedeuten diese Grundsätze u. a., dass in allen Geschäftsbereichen alle möglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen und im Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen sind. Die Verwaltungseinnahmen sind nach dem voraussichtlichen kassenmäßigen Aufkommen zu veranschlagen. Bei der Ermittlung der Ansätze sind die Ist-Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen. Erwartete Einnahmen aus Erstattungen, die nach § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes an den Versorgungsfonds abzuführen sind, sind nicht zu veranschlagen (Einzelheiten siehe Ziffer 7.3).

Gebühren und Entgelte sind grundsätzlich kostendeckend festzusetzen; sie müssen in der Regel den personellen und sachlichen Aufwand decken. Nach dem Verwaltungskostengesetz ist im Einzelfall auch eine Gebührenerhebung über den anfallenden Verwaltungsaufwand hinaus möglich, z. B. um den durch die kostenpflichtige Amtshandlung entstehenden Vorteil angemessen zu berücksichtigen. Ggf. erforderliche Rechtsgrundlagen sind zu schaffen (VV Nr. 3.1 zu § 34 BHO) bzw. zu aktualisieren. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass am 15. August 2013 das Gesetz zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes in Kraft getreten ist. Zum einem wird mit dem in Artikel 1 enthaltenen Gesetz über Gebühren und Auslagen des Bundes (BGebG) das Kostendeckungsprinzip bei der Gebührenerhebung ausdrücklich gestärkt. Zum anderen entbindet die dort eingeräumte fünfjährige Übergangsfrist bis zum Erlass ressortspezifischer Gebührensätze nicht von notwendigen Aktualisierungen bereits bestehender Gebührensätze in dieser Phase. In § 23 BGebG sind daher u. a. ausdrücklich Übergangsvorschriften enthalten, weil auch „in der Übergangszeit die Aktualisierung von Gebührensätzen unerlässlich ist“ (vgl. Gesetzesbegründung Allgemeiner Teil).

Den haushaltsbegründenden Unterlagen ist eine aktuelle Übersicht über die Gebühreneinnahmen entsprechend dem Formblattmuster nach **Anhang 1** beizufügen. Bei der Prüfung der Übersicht wird besonderes Augenmerk auf die Frage der Aktualität von Gebührenverordnungen und den Kostendeckungsgrad der Gebühren gerichtet.

Für die **Ausgaben** bedeutet der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind. Damit BMF dies entsprechend den Forderungen des Bundesrechnungshofes weiterhin auch im Rahmen des Top-Down-Haushaltsaufstellungsverfahrens zumindest stichprobenweise nachvollziehen und hinterfragen kann, sind den haushaltsbegründenden Unterlagen für finanzwirksame Maßnahmen von größerer Bedeutung wie bisher entsprechende Nachweise beizufügen.

4. Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung

Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung durch Haushaltsvermerk sind grundsätzlich nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Zweckbindung

Eine Beschränkung bestimmter Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke

(Zweckbindung) durch Haushaltsvermerk ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die Mittel von Dritten mit rechtsverbindlicher Verwendungsaufgabe zugewendet werden (insbesondere zweckgebundene Zuschüsse und Erstattungen der Europäischen Union sowie zweckgebundene Mittel wie Spenden, Stiftungen, Erbschaften, Vermächtnisse, Aufträge von Dritten und Bundesbehörden).

Verstärkung

Können überplanmäßige Einnahmen eingehen, ist eine Heranziehung dieser Einnahmen für bestimmte Ausgabetitel durch Ausbringung eines Haushaltsvermerks unter der Voraussetzung zulässig, dass hierdurch eine sparsame und auf Wirtschaftlichkeit orientierte Mittelbewirtschaftung gefördert wird und Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen verstärkt werden.

Auch in den Vorjahren ausgebrachte Zweckbindungs- und Verstärkungsvermerke sind dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen (noch) erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob jeweils die für den vorgesehenen Anwendungsfall korrekte Vermerksformulierung gewählt wurde (vgl. Formulierungen Regelfall/Ausnahmefall unter Nr. 5.5 HRB). Dabei ist zu beachten, dass veranschlagte Einnahmen wegen des Grundsatzes eines ausgeglichenen Haushalts nicht zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden können. Die Anwendung des Regelvermerks (Formulierung mit „Mehreinnahmen“) setzt sowohl bei Zweckbindungs- als auch Verstärkungsvermerken ein tatsächliches Mehr gegenüber dem entsprechenden Einnahmesoll voraus.

Rückerstattungen und Erstattungen/Beiträge Dritter (sog. Rotbuchungen)

Im Haushaltsgesetz (§§ 6 und 13) werden auch im Aufstellungsverfahren 2015 generelle Regelungen zu Deckungs- und Verstärkungsmöglichkeiten, zur Zweckbindung und zur Buchung von Rückzahlungen aufgenommen. Daher sind für diese Fälle zusätzliche Haushaltsvermerke nicht vorzusehen. Für die Ausbringung weitergehender Haushaltsvermerke ist ein strenger Maßstab anzulegen. Ebenfalls nicht vorgesehen sind Regelungen, wonach bei Titeln mit teilweise weit gefasster Zweckbestimmung lediglich undifferenzierte Haushaltsvermerke wie „Erstattungen fließen den Ausgaben zu.“ ausgebracht werden.

5. Verpflichtungsermächtigungen

Mit Blick auf die Entwicklung bei den Verpflichtungsermächtigungen wird die restriktive Vorgehensweise fortgesetzt. Insofern gelten die nachfolgenden Maßgaben auch für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2015.

Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die im HKR-Verfahren gebuchten Verpflichtungen zu richten. Sofern im Rechnungslegungsverfahren fehlerhaft gebuchte Verpflichtungen korrigiert worden sind, sind diese Korrekturen unbedingt auch bei den im HKR-Verfahren gebuchten Altverpflichtungen vorzunehmen, da die Haushaltsdatenbank

allein auf diese Daten zugreift.

- 5.1 Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Angabe einer bestimmten Jahresfälligkeit nicht möglich ist (Fälligkeit „in künftigen Haushaltsjahren“), sind grundsätzlich als nicht etatreif anzusehen.
- 5.2 Bei Titeln, deren Ansätze durch die bis 31. Dezember 2013 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen und die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2014 in einem Fälligkeitsjahr zu 100 Prozent und mehr gebunden sind, werden grundsätzlich keine neuen Verpflichtungsermächtigungen für diese Fälligkeitsjahre im Regierungsentwurf 2015 ausgebracht.
- 5.3 Weiterhin soll die Vorbindung pro Titel durch die bis 31. Dezember 2013 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen, die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2014 und die neuen Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2015
- für das Fälligkeitsjahr 2016 maximal 80 Prozent,
 - für das Fälligkeitsjahr 2017 maximal 60 Prozent und
 - für das Fälligkeitsjahr 2018 maximal 40 Prozent

des Titelansatzes grundsätzlich nicht überschreiten.

Die vorgenannte maximale Vorbindung pro Titel darf im Ausnahmefall überschritten werden. Eine solche Ausnahme wäre, dass bei Berücksichtigung erwarteter Einnahmen der EU (insbesondere ESF), von Ländern oder Dritten beim Titelanatz diese Quote eingehalten würde. Auch eine Gesamtbetrachtung mehrerer Titel mit dem Ziel einer Gesamtvorbindungsquote bei zwingendem sachlichem Zusammenhang ist denkbar. Ausnahmetatbestände sind jedoch stets mit BMF vorabzustimmen.

6. Flexibilisierte Ausgaben

Bei den flexibilisierten Ausgaben gemäß Haushaltsgesetz (§ 5) sind die nachfolgenden Maßgaben zu beachten.

- 6.1 Obergrenze für die Ausgaben je Kapitel ist die Summe der in die Flexibilisierung einbezogenen Ansätze des geltenden Finanzplans (Stand: 26. Juni 2013 Kabinettsbeschluss). Diese ist ggf. zu bereinigen um
- Mittelumschichtungen zwischen den Kapiteln bzw. Einzelplänen (z. B. infolge Aufgabenübergangs gemäß § 50 Abs. 1 BHO oder wegen neuen Ressortzuschnitts durch Organisationserlass vom 17. Dezember 2013);
 - Änderungen bei der Flexibilisierung im 2. Regierungsentwurf 2014 (generell durch Anpassung des § 5 HG sowie im Einzelfall durch Haushaltsvermerk);

- Änderungen, die aus der Überführung von Einzelplänen in die neue Haushaltsstruktur **nach** dem o.g. Kabinettsbeschluss vom 26. Juni 2013 resultieren (Anwendung der Flexibilisierungsregelungen gemäß § 5 Abs. 3 HG).

Der notwendigen bedarfsgerechten Veranschlagung der Einzelansätze ist vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der flexibilisierten Ausgaben Rechnung zu tragen und nicht durch eine Ausweitung der flexibilisierten Ansätze.

- 6.2 Im Rahmen der bedarfsgerechten Veranschlagung sind die sich aus dem Jahresabschluss 2013 ergebenden maximal übertragbaren Ausgaben zu bewerten und zu berücksichtigen. Hierzu ist der Bestand an übertragbaren Ausgaben im Zusammenhang mit den Voranschlägen für den Haushalt 2015 kritisch zu überprüfen und mit den geplanten Neuetatisierungen abzugleichen. Dieser Prüfung kommt angesichts der Entwicklung bei den Ausgaberesten des flexibilisierten Bereichs weiterhin besondere Bedeutung zu. Soweit die Ende 2013 überjährig zur Verfügung stehenden Mittel je Titel die vorgesehenen Soll-Ansätze 2014 um mehr als 10 Prozent übersteigen, ist im Rahmen der Haushaltsgespräche nach Eckwertebeschluss die geplante Verwendung dieser Mittel darzulegen. Die Prüfung kann sich dabei grundsätzlich auf Titel mit übertragbaren Ausgaben von mehr als 500 TEUR konzentrieren.

7. Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)

- 7.1 Für den Mittelbedarf für die Besoldung und Vergütung der aktiven Beschäftigten ist zunächst das Ist 2013 zugrunde zu legen. Zu Personal- und Stellenveränderungen aus dem Haushaltsentwurf 2014 und zu Auswirkungen einer Tarif- und Besoldungserhöhung sowie aufgrund des Inkrafttretens der Entgeltordnung ergeht zu gegebener Zeit eine gesonderte Regelung.

Zunächst sind für die Zuführungen an die Versorgungsrücklage unverändert folgende Berechnungsfaktoren anzuwenden:

- Beamtinnen und Beamte: 0,012934565 sowie
- Soldatinnen und Soldaten 0,012498780

- 7.2 Zur Herleitung der Ansätze zu den Versorgungsausgaben - einschließlich der zugrunde gelegten Entwicklung der Empfängerzahlen - sind das Muster nach **Anhang 2** zu verwenden und die dort gegebenen Hinweise zu beachten.

- 7.3 Einnahmen aus Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes, insbesondere Abfindungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und Versorgungszuschläge bei Abordnungen für den unter § 14 des Versorgungsrücklagegesetzes fallenden Personenkreis, sind dem Versorgungsfonds zuzuweisen (Nr. I.2.3, zweiter Absatz, und Nr. III des gemeinsamen BMI/BMF-Rundschreibens vom 22. Dezember 2010 - D4 - 223 320/3 // ZB3 - P 1617/09/10002-01).

Die Ausgaben hierfür sind nicht zu veranschlagen. Soweit die Zuweisungstitel (634 .3) in die Flexibilisierungsregelung nach § 5 HG einbezogen sind, fließen die Erstattungen den Ausgaben zu (§ 6 Abs. 2 HG). Bei Zuweisungstiteln, die nicht flexibilisiert sind, werden bereits zum 2. Regierungsentwurf 2014 Haushaltsvermerke mit entsprechender Wirkung ausgebracht.

Zur Klarstellung weise ich darauf hin, dass die Regelung in Nr. I.2.3, erster Absatz, des o.a. Rundschreibens (danach sind Einnahmen aufgrund des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages bei den Titeln 232 57 zu buchen) künftig nicht mehr für Einnahmen gilt, die an den Versorgungsfonds abzuführen sind. Hierzu folgt in Kürze ein gesondertes Rundschreiben (siehe auch BMF-Schreiben vom 29. November 2013 - II A 4 - P 1600 - 2/07/10004 :002).

- 7.4 Die Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2013 (Übersichten zum Bundeshaushaltsplan, Teil V, Buchstabe F) wird zur gegebenen Zeit auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes vorbereitet und im Anschluss daran mit einem gesonderten Rundschreiben zur Abstimmung und Ergänzung übersandt.

8. Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen

Für die Veranschlagung zur Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) gelten die Anhänge 3 und 4. Die dort getroffenen Regelungen berücksichtigen die mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ angestrebten Zielwerte für die Beschaffung von Neufahrzeugen, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Die Erfüllung des gesetzten Zieles erfordert die Beschaffung und sukzessive Implementierung von Elektro- und Plug-In-Hybridfahrzeugen (e-DKfz) in den Fahrzeugflotten der Bundesressorts. Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in Anhang 4 beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden.

Die zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) der Bundesfinanzdirektion Südwest stellt den Bedarfsträgern der Bundesressorts die in Anhang 4 beschriebenen DKfz abrufbereit mittels Rahmenverträgen im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ zur Verfügung.

Bei der Darstellung der Veranschlagung der Ausgaben für DKfz und der Veräußerungserlöse im Haushaltsplan ist zu beachten, dass Mehreinnahmen aus der Veräußerung beim Einnahmetitel verbucht werden und danach eine Verstärkung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von DKfz gemäß § 6 Abs. 7 HG erfolgt. Die erwarteten Mehreinnahmen sind in den Standarderläuterungen zu Tit. 811 .1 einzutragen.

Ausgaben für Strom, der zur Verwendung als Treibstoff für Elektrofahrzeuge vorgesehen ist, sind bei einem Titel der Gruppe 514 „Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und

dgl.“ zu veranschlagen.

Ausgaben für die Beschaffung von Geschäftszimmerausstattungen können bis zu den im **Anhang 5** ausgewiesenen Höchstbeträgen veranschlagt werden.

9. Ausgaben für die Informationstechnik

Der Rat der IT-Beauftragten hat am 6. Dezember 2013 das „IT-Rahmenkonzept des Bundes für das Haushaltsjahr 2015“ beschlossen. Das IT-Rahmenkonzept des Bundes ist das für alle Ressorts verbindliche Planungsinstrument für ressortübergreifende Vorhaben. In der Ressortplanung können keine Haushaltsmittel für die parallele Entwicklung etatisiert werden, die bereits durch ressortübergreifende IT-Maßnahmen im IT-Rahmenkonzept des Bundes abgedeckt sind. Für die Fortführung alternativer IT-Anwendungen dürfen Mittel nur veranschlagt werden, soweit dies wirtschaftlich ist.

Für Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen in einem Umfang von mehr als 10 Mio. € im Einzelfall sind Formblätter entsprechend dem Muster nach **Anhang 6** einschließlich Begründungen beizufügen. Die ausgefüllten Formblätter sind - zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt (voraussichtlich: 28. April 2014), der mit der Bekanntgabe des Eckwertbeschlusses verbindlich mitgeteilt wird - **einschließlich der zugehörigen IT WiBe und der anderen haushaltsbegründenden Unterlagen** dem BMF-Referat II A 4 (per E-Mail an: WibeIIA4@bmf.bund.de) sowie dem zuständigen Spiegelreferat zuzuleiten. BMF wird die Vorhaben von mehr als 10 Mio. € einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Dem Bundesrechnungshof (BWV - Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung) ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen haushaltsbegründenden Unterlagen zu geben.

Für alle übrigen angemeldeten Haushaltsmittel für IT-Maßnahmen ist dem zuständigen Spiegelreferat im BMF - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - anzuzeigen, dass hierfür Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß VV zu § 7 BHO sowie eine Prioritätenplanung vorliegen. BMF behält sich im Einzelfall vor Unterlagen zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anzufordern.

Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung, deren IT-Ausgaben jährlich voraussichtlich mehr als 500 TEUR betragen werden, ist - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - dem zuständigen Spiegelreferat im BMF ebenfalls anzuzeigen, dass für alle veranschlagten IT-Mittel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt worden sind.

10. Selbstbewirtschaftungsmittel

Die Ausbringung von Selbstbewirtschaftungsvermerken kommt gemäß § 15 Abs. 2 BHO nur dann in Betracht, wenn hierdurch nachweislich eine sparsame Bewirtschaftung gefördert

wird und dieses Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Bei allen Titeln mit Selbstbewirtschaftungsvermerken ist zudem eine Standarderläuterung entsprechend Nr. 2.5 im Beispiel 21 zu Nr. 11.4 HRB auszubringen, aus der sich der Umfang der nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel zum Jahresabschluss 2013 ergibt.

11. Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -

- 11.1 Der Bund/Länder-Arbeitsausschuss „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ hat Empfehlungen zur haushaltsrechtlichen und haushaltssystematischen Behandlung von ÖPP-Projekten erarbeitet. Diese sind den Obersten Bundesbehörden mit BMF-Rundschreiben vom 2. November 2007 - II A 3 - H 1012-5/07/0003; DOK 2007/0498167 - übermittelt worden (*im Intranet Bund unter <http://www.bmf.intranet.bund.de/info/fach/haushalt/index.html>*). Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wird für die Veranschlagung auf die im Gruppierungsplan abgebildeten Gruppen verwiesen.

Für die Veranschlagung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von ÖPP-Projekten im Einzelnen sind grundsätzlich die Empfehlungen des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ (insbesondere unter Ziffer 6.4.2) zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veranschlagung auf Basis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Ziffer 6.4.1.3.2 Lit. B der o. a. Empfehlungen) erfolgt und haushaltsrechtlich Vorsorge zu treffen ist.

- 11.2 Zur Veranschlagung von ÖPP-Projekten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) vgl. die Ausführungen in Ziffer 17 und den Ablaufplan des BMF in **Anhang 8**.
- 11.3 Zur weiteren Entwicklung des Marktes für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) hat der Bund unter Beteiligung von Ländern, Kommunen und Privaten die Beratungsgesellschaft ÖPP Deutschland AG („Partnerschaften Deutschland“) gegründet, die ausschließlich die öffentliche Hand in allen ÖPP-relevanten Fragen berät. Öffentlichen Auftraggebern wird damit ein hochwertiges und neutrales Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Prüfung nach § 7 BHO, inwieweit staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten durch Ausgliederung und Entstaatlichung oder Privatisierung erfüllt werden können, ist auch die Beschaffungsvariante ÖPP zu prüfen. Bei dieser Prüfung bietet die Partnerschaften Deutschland ihren Auftraggebern Hilfestellung an.

- Sie kann im Rahmen eines „Helpdesk“ eine für den öffentlichen Entscheidungsträger kostenlose Erstberatung durchführen.
- Bei weiterem Bedarf kann der öffentliche Entscheidungsträger die Partnerschaften Deutschland mit der Beratung bei konkreten Projekten sowie bei deren späterer

Umsetzung - mit dem Schwerpunkt Frühphasenberatung - beauftragen.

- Darüber hinaus kann die Partnerschaften Deutschland mit Grundlagenarbeit beauftragt werden, um kontinuierlich Vereinfachungen und Standardisierungen voranzutreiben und damit mittelfristig zu einer Senkung von Transaktionskosten beizutragen.

Die Gesellschaft ist unter der Postanschrift

ÖPP Deutschland AG
Alexanderstr. 3
10178 Berlin

sowie unter der Telefonnummer +49 (0)30 / 25 76 79 0
oder der Internetadresse www.partnerschaften-deutschland.de zu erreichen.

- 11.4 Um die haushaltsmäßigen Auswirkungen über die langen Laufzeiten der Maßnahmen transparent zu machen, werden ÖPP-Projekte des Bundes in der Übersicht X zum Bundeshaushalt einzelplanbezogen dargestellt. Die Angaben sind entsprechend dem Muster nach **Anhang 7** zu erfassen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

12. Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8

Soweit im Rahmen von Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 Ausgaben für Projektträger-Kosten, Gutachten und Begleitforschung, Fachtagungen und -kongresse sowie Kosten der Prüfung von Verwendungsnachweisen durch Dritte mitveranschlagt sind, ist für jeden dieser Titel zusammen mit dem Voranschlag eine Aufschlüsselung dieser Ausgaben vorzulegen.

13. Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel

In bestimmten Förderbereichen werden Zinszuschüsse gewährt, d. h. Zinsausgaben des Fördernehmers für ein Darlehen werden anteilig finanziert. Die Auszahlung der Bundesmittel erfolgt dabei im Regelfall jeweils zu den konkreten Zinsterminen an die mit der bankenmäßigen Abwicklung des Förderprogramms beauftragte Bank (pro-rata-temporis). Sollen die Zinszuschüsse ausnahmsweise für eine Maßnahme in einer Summe kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden (Barwert), ist bei den entsprechenden Titeln nachfolgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.“

14. Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen

Den Ausgaben für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Ausgaben) kommt mit Blick auf die nationalen und internationalen entwicklungspolitischen Zielsetzungen besondere Bedeutung zu. Sie sind die bestimmende Bezugsgröße für die letztendlich vom OECD-DAC ermittelte deutsche ODA-Quote sowie die jährlichen Prognosen. Vor diesem Hintergrund ist bei der Veranschlagung der entwicklungspolitischen Maßnahmen auf eine größtmögliche Anrechenbarkeit auf die ODA-Quote zu achten. Ebenso ist es bei der Erhebung der veranschlagten ODA-Ausgaben zwingend erforderlich, dass diese vollständig erfasst werden.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung werden zwei Abfragen zu den auf die ODA-Quote anrechenbaren Ausgaben der Ressorts durchgeführt. Die erste Abfrage erfolgt im Anschluss an den Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf, die zweite Abfrage im Anschluss an die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Die beiden Abfragen erfolgen jeweils gesondert mit einem gemeinsamen Anforderungsschreiben von BMZ und BMF. Die Meldungen sind an das BMZ und an das zuständige BMF-Spiegelreferat sowie das BMF-Referat II D 4 zu übersenden.

15. Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“

Für die Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes (DLZ und DLZ-IT) gelten die mit dem BMF-Rundschreiben vom 29. März 2011- II A 4 -H 1100/08/10033; DOK: 2011/0184427 - für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 bekannt gegebenen Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 entsprechend weiter (siehe unter: www.intranet.bund.de > *Haushalt* > *IVBB-Intranetseite [auf den dortigen Link klicken]* > *Bundeshaushalt 2012* > *1. Haushaltsaufstellung*).

16. Baumaßnahmen des Bundes

Zur Umsetzung des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 8. November 2012 (Ausschussdrucksache 17(8)5742) wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die Kostengrenzen für die haushaltsrechtliche Veranschlagung von Baumaßnahmen wie folgt angehoben:

- für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Bundes von 1 Mio. € auf 2 Mio. € (VV Nr. 1.3 zu § 24 BHO und VV Nr. 1.1 zu 54 BHO)
- für den Bereich des Auslandsbaus des Auswärtigen Amtes sowie für den Zubau des Auswärtigen Amtes im Ausland von 1 Mio. € auf 5 Mio. € (VV Nr. 1.3 zu § 24 BHO, VV Nr. 1.1 zu 54 BHO und VV Nr. 6.1 zu § 44 BHO).

Einzelheiten zur Umsetzung des Beschlusses wurden mit BMF-Rundschreiben vom 2. Juli 2013 - II A 1 - H 1105/12/10001 :001 (DOK 2013/0619162) veröffentlicht. Die sich durch die Umsetzung des Beschlusses ergebenden Änderungen der HRB, insbesondere die Anpassungen der Zweckbestimmungen der Titel der Gruppen 712 bis 799 sowie 558

befinden sich z. Zt. in der Überarbeitung bzw. werden sukzessive umgesetzt.

17. Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)

17.1 Übergang von Bestandsliegenschaften auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt)

Seit 1. Januar 2005 verwaltet die Bundesanstalt im Rahmen des ELM die Dienstliegenschaften. Das Eigentum an den Dienstliegenschaften ist am 1. Januar 2012 gesetzlich auf die Bundesanstalt übergegangen.

Dem ELM unterfallen auch Dienstliegenschaften, die im Eigentum eines Dritten stehen und von diesem angemietet oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften zur Nutzung überlassen worden sind. Hier tritt die Bundesanstalt durch Vereinbarung mit dem Dritten in den bereits bestehenden Miet- oder Überlassungsvertrag als Mieterin ein und untervermietet die Liegenschaft weiter an den Nutzer. Alle neuen Miet- oder Überlassungsverträge mit Dritten werden gleichfalls durch die Bundesanstalt geschlossen, die die von ihr angemieteten Objekte wiederum durch Untermietverträge dem Nutzer überlässt.

17.2 Veranschlagung neuer Baumaßnahmen

Baumaßnahmen für Dienststellen des Bundes im Inland sind durch die Bundesanstalt als Bauherrin im Rahmen des ELM abzuwickeln. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Nutzer seine Liegenschaften bereits in das ELM überführt hat oder nicht. Die hierzu erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 BHO zu den verschiedenen Unterbringungsvarianten (Anmietung anstaltseigene oder Drittliegenschaft, Eigenbau, ÖPP-Projekt, Kauf) führt die Bundesanstalt durch. Für große Unterbringungsmaßnahmen hat sie parallel das zuständige BMF-Fachreferat über das eingeleitete Variantenuntersuchungen zu informieren. Die abschließende Entscheidung über die zum Zuge kommende Unterbringungsvariante trifft das nutzende Ressort und führt in Abstimmung mit den zuständigen BMF-Fachreferaten die Etatreife herbei. Seit dem Bundeshaushalt 2013 erfolgt die Finanzierung von Baumaßnahmen im Eigenbau aus dem Wirtschaftsplan der Bundesanstalt. Die übrigen Rahmenbedingungen bleiben dabei unverändert, v. a.:

- Große Baumaßnahmen unterliegen uneingeschränkt dem Verfahren nach § 24 BHO und den hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften einschließlich RBBau. Die Einhaltung des Verfahrens gemäß § 24 BHO, insbesondere das Vorliegen der danach erforderlichen Bauunterlagen, wird haushaltsgesetzlich sichergestellt.
- Wahrung der parlamentarischen Beteiligungsrechte
Alle parlamentarischen Einwilligungen in Bezug auf die Bautätigkeit der Bundesanstalt werden weiterhin vom BMF eingeholt.

- Zeitgleiche Veranschlagung der Mieten in den Einzelplänen der Nutzer (Titel 518 .2) und die Darstellung der gemäß Ziffer 10.4 HRB erforderlichen Standarderläuterung.

Sowohl bei großen Baumaßnahmen im Eigenbau als auch bei durch die Bundesanstalt abzuwickelnden ÖPP-Projekten ist vor Beginn der Maßnahme sicher zu stellen, dass die Mietveranschlagung (Ausbringung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung für die zwischen der Bundesanstalt und dem zukünftigen Nutzer zu schließende Infrastrukturvereinbarung) im Nutzerhaushalt (Tit. 518 .2) zusammen mit Ausweisung im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt oder sowie ggf. einer erforderlichen Anschubfinanzierung (ÖPP-Variante) erfolgt. Dabei ist zu beachten, dass Baukosten sämtliche in die Mietwertermittlung durch die Bundesanstalt einfließenden Baunebenkosten erfassen; d. h. auch die Verwaltungskostenerstattungen an die Bauverwaltungen, die durch die BImA an den Einzelplan 12 abzuführen sind. Der als **Anhang 8** beigefügte Ablaufplan ist dabei zu beachten.

17.3 Beendigung der unentgeltlichen/ermäßigten Nutzung von Bundesliegenschaften durch Dritte

Die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen (unentgeltlich/ermäßigt) durch Dritte (Zuwendungsempfänger, sonstige Nutzer) ist grundsätzlich zu beenden, sofern keine zwingenden Gründe der Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehen. Soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt Finanzierungsabkommen mit Dritten (insbes. Bundesländer, internationale Organisationen) die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen vorsehen, sind mit diesen Dritten Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, gegenwärtig noch einer Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entstehende Finanzierungsabkommen abzuändern.

18. **Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen/ Zahlungen in fremder Währung**

Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen sind hinsichtlich ihrer fortdauernden Berechtigung kritisch zu hinterfragen. Mitgliedschaften oder Zuschüsse, deren Zweck mittlerweile als überholt anzusehen ist, sind zu kündigen.

Für Zahlungen in fremder Währung gilt Nr. 4.10 HRB. Danach sind als Aufstellungskurse die Wechselkurse der EZB sowie der Referenzwert für die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds am 31. Dezember 2013 zu berücksichtigen. Anfang Januar 2014 wird eine entsprechende Wechselkursübersicht im Intranet Bund bekannt gegeben (ebenfalls unter www.intranet.bund.de >Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2015 - 1. Haushaltsaufstellung).

Sollte es aufgrund der weiteren Kursentwicklung notwendig werden, einen anderen Stichtag zur Berechnung heranzuziehen, erfolgt eine gesonderte Bekanntgabe der danach

anzuwendenden Kurse.

19. Dokumentation der Sonderabgaben

Die Dokumentation der Sonderabgaben (Bundeshaushalt 2014, Übersicht VI) ist fortzuschreiben; neue Abgaben sind zu ergänzen. Im Übrigen wird auf **Anhang 10** verwiesen.

20. Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren

Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist in dem folgenden parlamentarischen Verfahren Gelegenheit zu geben, die Ausgaberesteentwicklung im flexibilisierten und im nicht flexibilisierten Bereich im Zusammenhang mit den jeweiligen Neubewilligungen zu bewerten. Ergänzend zur Darstellung der gebildeten Ausgabereste im Druckstück des Regierungsentwurfs, sind den Berichterstattern rechtzeitig vor den Berichterstattergesprächen von den Ressorts ggf. geeignete Übersichten zu den wesentlichen Ausgaberesten (z. B. aktueller Restebestand/-abfluss, geplante Verwendung der Reste etc.) als Beratungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Welche (ergänzenden) Unterlagen von den Berichtstattern tatsächlich benötigt werden, sollte individuell nach den Erfahrungen der Berichtstattergespräche zum 2. Regierungsentwurf 2014 bzw. durch Rücksprache mit den Berichtstattern ermittelt werden.

21. Personalhaushalt

21.1 Die Bundesregierung beabsichtigt, auch für den Haushaltsentwurf 2015 auf eine pauschale Stelleneinsparung zu verzichten. Im Hinblick darauf ist die Beachtung der nachfolgenden Vorgaben unerlässlich:

- Die Planstellen-/Stellenausstattung ist unter Anwendung angemessener Methoden einer eingehenden Bedarfsprüfung zu unterziehen. Alle Möglichkeiten zu gezielten Planstellen-/Stelleneinsparungen insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen sind auszuschöpfen; falls möglich, sind entsprechende kw-Vermerke auszubringen. Mehrbedarf an Planstellen-/Stellen ist durch Umsetzung im Einzelplan auszugleichen.
- Unabweisbarer, unter Anwendung angemessener Methoden der Personalbedarfsermittlung nachgewiesener Bedarf zusätzlicher Planstellen/Stellen ist durch anderweitige Stelleneinsparungen in finanziell gleichwertigem Umfang auszugleichen. Entsprechendes gilt bei Hebungen von Planstellen und Stellen. Eine Ausnahme davon ist in besonders begründeten Einzelfällen möglich, soweit Stellen auf Dauer einnahmefinanziert sind oder aber Stellen für die Übernahme von Überhangpersonal beantragt werden.
- Sollte trotz der Erleichterungen in der Personalplanung durch den Wegfall der pauschalen Stelleneinsparung ausnahmsweise eine Neubewilligung ohne

Kompensation erforderlich sein, werden die bewilligten Planstellen und Stellen im nächsten Haushaltsjahr (Haushaltsentwurf 2015) anteilmäßig in allen Einzelplänen eingesparrt.

- Die bestehenden Haushaltsvermerke für Planstellen und Stellen, auf die nachweislich Überhangpersonal versetzt wurde, werden gestrichen.
- Stellenplanveränderungen, die (allein) mit der neuen Entgeltordnung begründet werden, sind nicht anzumelden. Die Anpassung der Stellenpläne an die neue Entgeltordnung erfolgt mit der Aufstellung des Haushalts 2016. Für die Übergangszeit werden besondere Bewirtschaftungsregelungen im Rahmen der Haushaltsführung getroffen.

Ich bitte, die Anmeldungen zum Personalhaushalt bis zum 28. März 2014 im BMF einzureichen.

Ansonsten gelten die folgenden Grundsätze fort:

- 21.2 Die geltenden Obergrenzen dürfen nicht überschritten werden. Ein entsprechender Nachweis ist den BMF-Fachreferaten rechtzeitig vor Beginn der Personalverhandlungen zu übersenden.
- 21.3 Für den Kostenvergleich sind die jeweils gültigen, vom BMF herausgegebenen Personalkostensätze, die dem Internetangebot des BMF zu entnehmen sind, zu Grunde zu legen. Die aktuellen Personalkostensätze wurden mit BMF-Rundschreiben vom 11. Dezember 2013 - II A 3 - H 1012 - 10/12/0001 :001 (DOK 2013/0918447) veröffentlicht. Bei dem Kostenvergleich können Planstellen, die aus anderen Gründen entfallen, und Planstellen mit kw-Vermerk nicht berücksichtigt werden. Für neue höherwertige Planstellen ist eine entsprechende Dienstpostenbewertung vorzulegen. Die vorstehende Regelung gilt für Stellen entsprechend.
- 21.4 Stellenplanveränderungen, die auf der Grundlage der haushaltsgesetzlichen Regelungen zur Stellenplanflexibilisierung (§ 14 Abs. 1 Satz 3 HG) vorgenommen worden sind und auf Dauer beibehalten werden sollen, sind in die Ressortanmeldungen zum Personalhaushalt aufzunehmen.
- 21.5 Die dauerhafte Inanspruchnahme von Planstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist mit § 17 Abs. 5 BHO nicht vereinbar. Soweit auf Planstellen länger als zwei Jahre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt werden, sind diese gemäß VV Nr. 2.4 zu § 49 BHO im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Stellen umzuwandeln.
- 21.6 Zur Vorbereitung der Haushaltsgespräche sind die Personalanmeldungen zusammenfassend ausschließlich mit dem als **Anhang 10** beigefügten Formblatt vorzunehmen und

dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

22. Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen

- 22.1 Eine Ausweitung der Zahl der Zuwendungsempfänger kommt nicht in Betracht. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung ist durch das Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen Umfang auszugleichen (sog. Omnibusprinzip).
- 22.2 Bei den Zuwendungsempfängern ist im Regierungsentwurf 2015 die Stelleneinsparung 2014 bei der unmittelbaren Bundesverwaltung nach Maßgabe der Vorgaben in **Anhang 11** nachzuvollziehen. Einrichtungen mit weniger als 250 Planstellen bleiben von der Einsparung ausgenommen.
- 22.3 Im Übrigen gilt für den Personalhaushalt die Ziffer 21 entsprechend.
- 22.4 Soweit die Stellenpläne der in § 2 des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vom 5. Dezember 2012 genannten Einrichtungen im Bundeshaushalt nicht mehr abgedruckt werden, ist sicherzustellen, dass die Einrichtungen die Stellenübersichten in den Wirtschaftsplänen unverbindlich fortführen. Damit bleibt auch künftig die Stellenentwicklung dieser Einrichtungen, einschließlich der Ist-Besetzung, nachvollziehbar (vgl. Gesetzesbegründung zu § 3).
- 22.5 Für die Zuschüsse des Bundes zu den Personalausgaben der vom Bund allein und der vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Zuwendungsempfänger sowie für die Zuschüsse zu den Personalausgaben bei der Erstattung von Verwaltungskosten ist Ziffer 7 anzuwenden.
- 22.6 Bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder für die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sind die je Einzelplan für die Zuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel von den betroffenen Ressorts vor den Bedarfsverhandlungen mit dem Bundesministerium der Finanzen abzustimmen.
- 22.7 Die Veranschlagungsgrundsätze nach Ziffer 8 für die Beschaffung von nicht personengebundenen Dienstkraftfahrzeugen (**Anhänge 3 und 4**) und von Geschäftszimmerausstattungen (**Anhang 5**) sind für den Bereich der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger sinngemäß anzuwenden.
- 22.8 Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung sind die Richtlinien für den Einsatz der Informationstechnik in der Bundesverwaltung (IT-Richtlinien) vom 18. Dezember 1988 (GMBI 1988 S. 469) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass

- bei Ausgaben für IT von jährlich mehr als 500 TEUR ein IT-Rahmenkonzept zu erstellen ist und haushaltsbegründende Unterlagen gemäß Ziffer 9 zu übersenden sind,
- das IT-Rahmenkonzept vom zuständigen Ressort zu prüfen ist.

23. Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“

Für die Aufstellung des Wirtschafts- und Finanzplans des EKF im Top-Down-Verfahren folgt ein gesondertes Rundschreiben. Zur Festlegung der Eckwerte für den Bundeshaushalt 2015 wird bereits jetzt auf Folgendes hingewiesen:

Nach § 2 Absatz 2 EKFG sollen die Programmausgaben des Sondervermögens EKF zusätzlich zu den bereits im Bundeshaushalt oder in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigten Ausgaben ausgebracht werden. Aus dem Sondervermögen können insofern keine Maßnahmen finanziert werden, die bereits im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung des Bundes veranschlagt sind. Der Wegfall von Programmausgaben, die bisher im Bundeshaushalt veranschlagt wurden und zukünftig im EKF ausgebracht werden, kann nicht zur Gegenfinanzierung anderer Maßnahmen im Bundeshaushalt herangezogen werden.

24. Technische Hinweise

- 24.1 Der sog. „Gelbdruck“ wird im Anschluss an die Veröffentlichung dieses Rundschreibens auf Basis des 1. Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 vom BMF erstellt und durch die jeweiligen BMF-Fachreferate ausschließlich per E-Mail als PDF-Dokument an die Ressorts übersandt. Dabei tragen die nach dem Kabinettsbeschluss vom 26. Juni 2013 in die neue Haushaltsstruktur überführten Einzelpläne - ungeachtet des ausstehenden Kabinettsbeschlusses über einen 2. Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 - bereits die neuen Einzelplan-, Kapitel- und Titelstrukturen.

Im Gelbdruck sind lediglich Änderungen vorzunehmen, die nicht das Dispositiv betreffen; d. h. lediglich

- a) Vorwort/Vorbemerkungen
- b) Titelerläuterungen und
- c) Wirtschaftspläne und andere Übersichten/Anlagen

können geändert werden. Die genannten Änderungen sind in dem übersandten Exemplar von Hand einzuarbeiten. Alternativ kann auch ressortseitig ein neues Druckstück, in dem die Änderungen deutlich gekennzeichnet sind, produziert und dem BMF übersandt werden.

Um den Ressorts im Anschluss die Erfassung der Voranschläge auf der dem „Gelbdruck“ entsprechenden Datenbasis zu ermöglichen, werden die BMF-Fachreferate den Ressorts den geänderten Datenbestand im Wege des elektronischen Postaustauschs zur Verfügung stellen.

24.2 Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass in jeder Phase des Aufstellungsverfahrens die Möglichkeit besteht, selbstständig ein Druckstück (in Form eines Korrektorexemplars) über das Auswertungssystem „Haushalt@Web“ zu erstellen. Das Auswertungssystem finden Sie im Portal der Haushaltsabteilung des BMF unter > Fachverfahren > Haushalt und Finanzplan.

24.3 Die Voranschläge zum Haushaltsentwurf 2015 und für die Finanzplanjahre 2016 bis 2018 sind im Dialog (Service-Funktion „Datenaustausch zwischen Ressort- und BMF-Abt. II-Datenbank“/Hauptmenü W) zu übermitteln. Die aktuelle Schnittstellenbeschreibung für den „Datentransfer“ in die Ressort-Datenbank kann im Portal der Haushaltsabteilung (<http://bmfiportal.zivit.iv.bfinv.de>), dort im „Informationszentrum“ unter „Technisches“ herunter geladen werden.

Bei ressortseitig eingesetzten IT-Verfahren muss die Richtigkeit der Datenstruktur/Kompatibilität zur Haushaltsdatenbank des BMF sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen die elektronisch übermittelten Haushaltsdaten mit den papiermäßigen Voranschlägen übereinstimmen.

In die Voranschläge sind dabei neben den Titeldaten und den Ansätzen im Finanzplanungszeitraum

- Verpflichtungsermächtigungen (VE) sowie
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für Bildung (BIL),
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für die Finanzhilfen (FH) und
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für Forschung und Entwicklung (FUE)

aufzunehmen.

24.4 Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan wird gesondert mitgeteilt.

Dem Bundesrechnungshof (BRH) sind je ein Abdruck der Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan zuzuleiten. Unterlagen, die in elektronischer Form vorliegen, sind hierbei nicht gesondert auszudrucken, sondern können dem BRH in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Datenträger) übersandt werden.

25. Darstellung der EU-Mittel

Hinsichtlich der Darstellung der EU-Mittel im Bundeshaushalt entsprechend dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 2011 (TOP 9) wird auf das BMF-Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden vom 31. August 2011 - II A 1 - H 3045/10/10038; DOK: 2011/0689806 - erneut hingewiesen.

26. Vorschriften zur Haushaltssystematik des Bundes

Zu Grunde zu legen sind die Vorschriften zur Haushaltssystematik des Bundes (VV-HS) in der mit BMF-Rundschreiben vom 20. November 2013 - II A 3 - H 1104/13/10003; DOK 2013/1065766 - aktualisierten Fassung. Umgesetzt werden die vom Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens nach § 49a des Haushaltsgrundsätze-gesetzes beschlossenen Aktualisierungen und redaktionellen Korrekturen. Die Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt erfolgt in Kürze. In der Elektronischen Vorschriftensammlung der Bundesfinanzverwaltung (E-VSF) wird eine aktualisierte Fassung unter Kennung H 1010 ff. eingestellt.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

(DOK: 2013/0997766)

Anhang 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/13/10002 :001

DOK: 2013/0997784

Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung				Soll 2015	Soll 2014	Ist 2013
					- in T €-		
	<u>hiervon anteilig:</u>						
	Rechtsgrundlage (i. d. R. GebührenVO)	Gebührenregelung zuletzt geändert	Änderung geplant (ja/nein)	Kosten- deckungsgrad *)			

*) Angabe des Kostendeckungsgrades bezogen auf die einzelnen Gebühren-/ Entgeltvorschriften. Soweit noch keine entsprechenden Daten der Kosten-/ Leistungsrechnung vorliegen, sind qualifizierte Schätzungen vorzunehmen.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

D. Hinweise zur Tabelle

- Tit. 431 57 und 432 57 (Versorgungsbezüge):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2013 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl. Das Ergebnis künftiger Besoldungsrunden bleibt unberücksichtigt.
- Tit. 434 57 (Versorgungsrücklage):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des rechnerischen Solls 2015 der Versorgungsbezüge (Tit. 431 57 und 432 57) multipliziert mit dem Berechnungsfaktor für die Zuführung an die Versorgungsrücklage von 0,034797193. Bei der Ermittlung des Faktors sind künftige Besoldungsrunden unberücksichtigt geblieben.
- Tit. 446 57 (Beihilfe):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2013 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl und einer Kostensteigerung von 4 % p.a.
- Tit. 443 57 (Fürsorgeleistungen), 453 57 (Trennungsgeld), 632 57 (Abfindungen und Erstattungen des Bundes an Dritte für Versorgungslasten):
Die Herleitung erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2013 und 1. Januar 2014 wird - voraussichtlich Anfang April 2014 - vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

A. Ansätze 2015
(Tabellenblatt 1)

Anhang 2
zu DOK 2013/0997784

Titel	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Empfängerzu- oder -abgang 2014 (Saldo Veränderung; aus Spalte 11 Tabellenblatt 3 "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2014	Basis (voraus. Ist 2014) (Sp. 4+6+7)	Empfängerzu- oder -abgang 2015 (Saldo Veränderung; aus Spalte 17 Tabellenblatt 13 "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2015	rechn. Soll 2015 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2015	Ressortan- forderung 2015
				in %	in T€ (Sp. 5 x Sp. 4)			in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
431 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger													
432 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge													
434 57							0				0		
Versorgungsrücklage													
443 57					0		0		0		0		
Fürsorgeleistungen													
446 57					0	0	0		0	0	0		
Beihilfe													
453 57					0		0		0		0		
Trennungsgeld													
632 57					0		0		0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten													
Summe	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 5 und 9: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung").

Spalte 11: Es ist keine Versorgungsanpassung zu unterstellen (siehe unter D. Hinweise). Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen.

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün unterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2014:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2014:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2015:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2015:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2014:	0,034797193
Faktor Versorgungsrücklage 2015:	0,034797193

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

		Empfängerzu- oder -abgang 2016 (Saldo Veränderung; aus Spalte 23 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2016	rechn. Soll 2016 (Sp. 4+6+7)	geltender Finanzplan 2016	Ressort- anforderung 2016	Empfängerzu- oder -abgang 2017 (Saldo Veränderung; aus Spalte 29 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2017	rechn. Soll 2017 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2017	Ressort- anforderung 2017	Empfängerzu- oder -abgang 2018 (Saldo Veränderung; aus Spalte 35 Tabellenblatt "Empfängerentwick- lung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2018	rechn. Soll 2018 (Sp.12+16+1 7)	geltender Finanzplan 2018	Ressort- anforderung 2018
Titel	Soll 2015																		
	in T€	in %	in T€ (Sp. 5 x Sp. 4)	in T€	in T€			in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€	in T€	in T€	in T€	in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€	in T€	in T€	in T€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
431 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger																			
432 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge																			
434 57					0						0						0		
Versorgungsrücklage																			
443 57			0		0				0		0				0		0		
Fürsorgeleistungen																			
446 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Beihilfe																			
453 57			0		0				0		0				0		0		
Trennungsgeld																			
632 57			0		0				0		0				0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten																			
Summe	0			0	0				0	0	0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 3,9 und 15: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung")

Spalte 5,11 und 17: Es ist keine Versorgungsanpassung zu unterstellen. Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen

Mit Formeln hinter hellgrün hinterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2016:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2016:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2017:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2017:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2018:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2018:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2016-2018:	0,034797193

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

					2014 (Zwischenschritt)						2015						2016						2017						2018					
	Bestand 1.1.2012	Bestand 1.1.2013	Veränderung 2012 auf 2013 in %	Bestand 1.1.2014	Veränderung ggü. 2013 in %	Ressort- meldung nur Zugänge 2014 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2014 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2014 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2015	Ressort- meldung nur Zugänge 2015 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2015 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2015 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2016	Ressort- meldung nur Zugänge 2016 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2016 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2016 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2017	Ressort- meldung nur Zugänge 2017 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2017 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2017 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2018	Ressort- meldung nur Zugänge 2018 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2018 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2018 in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Ruhegehalts- empfänger sowie Witwen und Waisen	95	98	3,16	101	3,06	5	4,95	2	2,95	2,95	104	6	5,77	2	3,77	3,77	108	8	7,41	2	5,41	5,41	114	6	5,28	2	3,28	3,28	117	5	4,26	2	2,26	2,26

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün hinterlegt.

Zum besseren Verständnis sind die Spalten Bestand und Ressortmeldung (Spalten 2,3,5,7,13,19, 25, 31) mit fiktiven Werten ausgefüllt.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2014 (Spalte 5) wird durch das Stat. Bundesamt Anfang April herausgegeben.

Die Spalte "rechnerischer Bestand" greift auf die vorherige Spalte "ggf. manuell korrigierte Veränderung in %" zu.

Bei der "Bestandsabgangsquote" von 2 % handelt es sich um einen Durchschnittswert.

Faktor "Bestandsabgangsquote": 0,02

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Ausgaben für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

(Nr. 12.2.1 HRB)

Beschaffungen (Kauf, Miete, Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) sind nur zulässig, wenn hierfür ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht. Vor Ersatzbeschaffungen ist zunächst zu prüfen, ob auf das auszusondernde Fahrzeug ersatzlos verzichtet werden kann oder ob ein kleineres oder schwächeres Fahrzeug ausreicht und wirtschaftlicher ist.

Für die Bundesverwaltung sind schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit möglichst geringem Treibstoffverbrauch sowie einer überdurchschnittlich guten CO₂-Effizienzklasse gemäß Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung zu beschaffen, deren Motoren der Abgasnorm **EURO 6** entsprechen.

Mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ wurden u. a. auch die Fahrzeugflotten der Bundesressorts als ein geeignetes Einsatzfeld von Elektrofahrzeugen (e-DKfz) identifiziert. Daher sollen die Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Bereichen die Einführung von Elektrofahrzeugen am Markt mit entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung begleiten. Angestrebter Zielwert für 2015 ist die Beschaffung von zehn Prozent der Neufahrzeuge, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

A. Handelsübliche Dienstkraftfahrzeuge

1. Personengebundene DKfz
 - 1.1. Personengebundene DKfz stehen in der Bundesverwaltung nur den in §§ 14 und 21 der Richtlinie für die Nutzung von DKfz in der Bundesverwaltung (DKfz-R) vom 29. Juni 1993 (GMBL. 1993, 398) in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (GMBL 1997, S. 738) genannten Personen zur Verfügung.
 - 1.2. Zugelassen ist nur die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, die serienmäßig hergestellt werden. „Langversionen“ bleiben grundsätzlich den Bundesministerinnen und Bundesministern vorbehalten.

Es gelten folgende Preisgrenzen (ohne ggf. funktechnische Ausstattung, Sondersignalanlage und Standheizung):

- | | |
|--|---------------------|
| a) Bundesministerinnen/Bundesminister | bis 51.000 € |
| b) Staatsministerinnen/Staatsminister | bis 44.500 € |
| Parl. Staatssekretärinnen/Staatssekretäre | |
| Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 11 und | |
| gleichgestellte Personen | |
| c) Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 10 und | bis 30.200 € |
| B 9 (sowie R 10 und R 9) | |

2. Nicht personengebundene DKfz

Grundsätzlich sollen nur Kraftfahrzeuge bis zu einer Leistung von 150 kW angeschafft werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist im Einzelfall allgemein zugelassen, wenn hierdurch der Erwerb eines wirtschaftlicheren Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges mit geringerem Treibstoffverbrauch bzw. geringeren Schadstoffemissionen ermöglicht werden kann.

Für die Beschaffung von handelsüblichen DKfz dürfen nicht mehr als die in **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen veranschlagt werden.

Die Preisobergrenzen dürfen lediglich um die Kosten für den Einbau einer Standheizung um bis zu 1.500 € überschritten werden, wenn der Einbau einer Standheizung dienstlich notwendig ist.

Die Dienststellen ermitteln ihre jeweiligen Mobilitäts- und Transportbedürfnisse und decken diese durch ein bestimmtes - in Größe und Leistung dem sachlichen Bedürfnis entsprechenden - Fahrzeugsegment.

Bei bestehenden Fahrbereitschaften ist zu prüfen, ob aufgrund der Fahrbedürfnisse anstelle der eingesetzten Personenkraftwagen der Einsatz von Transportern (in der Regel Fahrzeuge mit 8 Sitzen + Fahrer) wirtschaftlicher ist.

3. Veranschlagungsbeträge für DKfz (Nr. 12.2.1 HRB)

Die in **Anhang 4** genannten Preisobergrenzen schließen die Mehrwertsteuer, Überführungskosten, sowie eine angemessene weitergehende Ausstattung ein. Darüber hinaus dürfen keine weiteren Ausgaben für Sonderausstattungen veranschlagt werden. Die festgelegten Preisobergrenzen in den jeweiligen Fahrzeugsegmenten, dienen zur Ermittlung des zu veranschlagenden Ausgabebedarfs. Sie umfassen zusätzlich eine angemessene Komfort- und Sicherheitsausstattung, soweit diese nicht bereits serienmäßig vorhanden ist. Die Beschaffung anderer als in der Veranschlagungspreisliste beispielhaft aufgeführter Fahrzeuge ist möglich.

Bei den in **Anhang 4** dargestellten Fahrzeugsegmenten handelt es sich um „handelsübliche Standardfahrzeuge“. Diese werden durch die - für die ressortübergreifende Beschaffung von handelsüblichen Dienstkraftfahrzeugen - zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) - der Bundesfinanzdirektion Südwest - im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ vorkonfiguriert zum Abruf zur Verfügung gestellt. Die dort abgebildeten Konfigurationsmöglichkeiten erlauben die Bedarfsdeckung nahezu aller dienstlichen Mobilitätsbedürfnisse.

Die Veranschlagung von DKfz der lfd.-Nr. 6 von **Anhang 4** ist nur zulässig für die Beschaffung personengebundener DKfz für den unter Nr. 1.3 Bst a) und b) genannten Personenkreis.

Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden. Die zuständige ZBSt wird den Bedarf an e-DKfz im Rahmen einer ressortübergreifenden Bedarfsabfrage ermitteln.

B. Einsatzfahrzeuge

1. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für sondergeschützte DKfz

1.1 Ausgaben für die Beschaffung von sondergeschützten DKfz sind grundsätzlich zentral im Einzelplan 06 zu veranschlagen.

Der Bedarf wird zentral vom Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt. Neuer Bedarf ist sofort nach Bekanntwerden über das BMI an das BKA zu melden. Hinsichtlich Ersatzbeschaffungen sondergeschützter DKfz tritt das BKA direkt an die Bedarfsträger heran.

- 1.2. Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe, sowie Fernmeldegebühren für Autotelefone sondergeschützter DKfz sind in jedem Fall im jeweiligen Epl. zu veranschlagen.
- 1.3. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten (Reparaturen usw.) sind
 - für sondergeschützte DKfz, die den Ressorts vom BKA zur eigenverantwortlichen Nutzung zum Schutz von Personen, die nicht unter § 5 BKA-Gesetz fallen, überlassen werden, im jeweiligen Einzelfall und
 - für sondergeschützte DKfz, die vom BKA für unter § 5 BKA-Gesetz fallende Personen eingesetzt werden (sog. BKA-Pool), im Einzelplan 06 auszubringen.

2. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für Einsatzfahrzeuge für Sonderdienste

Einsatzfahrzeuge für Sicherheitsbehörden können auf Grundlage einer aufgabenbezogenen Einsatzkonzeption und daraus abgeleiteter fachlicher Anforderungsprofile entwickelt und ausgestattet werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind nicht in den im **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen enthalten und müssen gesondert veranschlagt werden (z. B. funktechnische Ausrüstung, Sondersignalanlage).

Veranschlagungspreise für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr. der Klasse	KBA- Bezeichnung des Fahrzeug- segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motor- leistung [kW]	Preisober- grenzen inkl. MwSt [Euro]
1	Minis	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Up, Ford Ka, Opel Adam, Smart Fortwo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türig mit Heckklappe	bis 55	12.500 €
		<u>Personenkraftwagen mit rein elektrischem Antrieb</u> entsprechend Volkswagen e-Up, Smart electric drive, Mitsubishi iMiev, Peugeot iOn oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, mind. 120km Reichweite je Batterieladung	bis 70	23.500 €
2	Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta oder Fahrzeuge gleichwertiger Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 70	15.500 €
		<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Golf Variant, Opel Astra Sports Tourer, Ford Focus Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	20.500 €
3	Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> mit kombiniertem Antrieb aus Verbrennungs- und Elektromotor (Plug-In-Hybrid) entsprechend Opel Ampera, Volkswagen Golf GTE, Ford C-Max, Audi A 3 e-tron oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, mind. 4 Sitzplätze, mit einer rein elektrischen Reichweite von mind. 50 km je Batterieladung, CO ₂ -Ausstoß kombiniert weniger als 50 g/km	bis 150	33.500 €
		<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Passat Variant, Opel Insignia Sports Tourer, Ford Mondeo Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	24.500 €
4	Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A6, BMW 5er, der Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 150	28.900 €
5	Obere Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A8, BMW 7er, der Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, mind. 4 Sitzplätze	bis 190	44.500 €
6	Oberklasse	<u>Personenkraftwagen</u> SUV entsprechend BMW X3, Toyota RAV 4, Land Rover Freelander, Mitsubishi Outlander oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	29.300 €
7	Geländewagen klein			

8	Geländewagen groß	schwerer <u>Geländewagen</u> entsprechend Land Rover Discovery, Mitsubishi Pajero, Toyota Landcruiser oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung; 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	36.500 €
9	Geländewagen groß	robuster <u>Geländewagen</u> entsprechend Mercedes-Benz G-Klasse, Land Rover Defender oder Fahrzeuge vergleichbarer Art; 4-türig mit Heckklappe; mind. 5 Sitzplätze; Allradantrieb mit Geländeuntersetzung; zum Ziehen von Anhängern auch unter schwierigsten Geländebedingungen; höchste Geländegängigkeit	bis 150	35.000 €
10	Geländewagen Pickup	<u>Geländewagen</u> Pickup, Doppelkabine Pritsche, entsprechend Volkswagen Amarok, Ford Ranger, Mitsubishi L200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGG. kleiner 3 t), Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 130	30.100 €
11	Großraum-Van klein	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Opel Zafira, Volkswagen Touran, Ford C-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 110	22.800 €
12	Großraum-Van groß	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Sharan, Seat Alhambra, Ford Galaxy oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 130	26.500 €
13	Utilities" klein	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Caddy, Opel Combo, Renault Kangoo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe	bis 85	18.000 €
		<u>Kleintransporter mit reinem Elektroantrieb</u> entsprechend Renault Kangoo Z.E., Volkswagen Caddy, Ford Tourneo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe, 2 Sitzplätze, mind. 120 km Reichweite mit einer Batterieladung	bis 85	27.500 €
14	Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Transporter, Mercedes-Benz Vito, Ford Transit oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (bis ca. 3 t zGG), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	32.000 €
		<u>Transporter</u> Kastenwagen entsprechend Volkswagen Crafter, Mercedes-Benz Sprinter, Citroen Jumper oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (mit einem zGG über 3 t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Hecktüren, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	43.000 €

Höchstpreise für die Ausstattung von Geschäftszimmern der Bundesbediensteten**(inkl. PC-Grundausrüstung)**

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Bundesministerinnen/Bundesminister, Staatsministerinnen/Staatsminister, Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und ähnliche Beamtinnen/Beamte oberhalb Bes.-Gr. B 9.	je nach Einzelfall
Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen bis zur Bes.-Gr. B 8 abwärts; Generäle, Admirale; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Ministerien; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 9 und B 6.	7.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Leiterinnen/Leiter von Mittelbehörden der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Unterabteilungsleiterinnen/Unterabteilungsleiter der Ministerien sowie Generäle in entsprechender Dienststellung; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15, Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 6 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen.	6.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden sowie Leiterinnen/Leiter der Bundesmittelbehörden der Bes.-Gr. B 4 bis B 1; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter in Bes.-Gr. B 3 und A 16 bzw. E.-Gr. AT und ATB (nur bei Auslandsvertretungen, deren Leiterinnen/Leiter der Bes.-Gr. B 9 angehören).	4.500

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Ministerien; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesoberbehörden, soweit sie den Bes.-Gr. A 16 und höher angehören; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesmittelbehörden; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. A 14 bzw. E.-Gr. 14 abwärts der Leiterinnen/ Leiter von Auslandsvertretungen; Referatsleiterinnen/Referatsleiter und Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 16 und A 15 bzw. E.-Gr. AT B und 15.	3.700
Referentinnen/Referenten der Ministerien; Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Bundesober- und -mittelbehörden; Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter usw. von Ortsbehörden; Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 14 und A 13 h bzw. E.-Gr. 14 und 13, Kanzlerinnen/Kanzler I. Klasse und Kanzlerinnen/Kanzler als Leiterinnen/Leiter der Verwaltung.	3.300 ¹⁾
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechend zu bewertenden Aufgaben.	3.300
Bedienstete im Registratordienst und in gleich zu bewertender Tätigkeit; Bürosachbearbeiterinnen/Bürosachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechen zu bewertenden Aufgaben; Schreibkräfte	2.700

¹⁾ ggf. Zuschlag für Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter von Ortsbehörden: 500 €

Formblatt**für IT-Maßnahmen mit einem Umfang von mehr als 10 Mio. € für das Haushaltsjahr 2015****Kap.:** _____ **Tit.:** _____ - IT-Haushaltsmittel**IT-Maßnahme:** _____**Kurzbezeichnung:** _____**Nummer gem. ITR4WEB (soweit vorhanden):** _____**Haushaltsaufstellung (Soll) 2015**

Wirtschaftlichkeits- und Prioritätsbetrachtungen
<input type="checkbox"/> Keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt
<input type="checkbox"/> Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für alle Aktivitäten dieser Maßnahme durchgeführt; die jeweiligen Werte und Art der WiBe sind im IT-Rahmenkonzept dargestellt

Auswirkungen auf den	
Sachhaushalt	Personalhaushalt
Ansatz: _____ T€ beinhaltet: <input type="checkbox"/> laufende Kosten <input type="checkbox"/> rechtlich gebundene Mittel <input type="checkbox"/> Kosten für Ersatzbeschaffungen <input type="checkbox"/> Kosten für neue Maßnahmen	<input type="checkbox"/> einzusparende Planstellen/Stellen <input type="checkbox"/> im Rahmen der gesetzlichen Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> sonstige sofortige Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> kw-Vermerke: _____ Stellen <input type="checkbox"/> neue Planstellen/Stellen _____ Stellen

Weitere Ausgaben für diese Maßnahme in Höhe von _____ T€ sind im Kapitel ____ veranschlagt.

Erläuterungen:

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Übersichten - Teil X

ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

- A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)
- B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende /Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)
			Veraus- gabt bis 2013	Soll 2014	Veran- schlagt 2015	Folgejahre (insge- samt) 2016 ff.		
			Mio. €					Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	A. ÖPP-Projekte							
	I. Hochbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	II. Tiefbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	III. Sonstige							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
Summe Teil A.								
	B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen							
	Tiefbau							
12 10 823 12/ 12 10 823 22	- Laufende Maßnahmen -							
Summe Teil B.								

zu Spalte 2: Zweckbestimmung (ggf. Kurzfassung) / Untergliedert nach I. Hochbau, II. Tiefbau, III. Sonstige sowie a) Laufende Maßnahme und b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt

zu Spalte 8: maßgebend ist grundsätzlich die längste Laufzeit

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

**Neue Unterbringungsmaßnahmen im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM);
Ablaufplan für die Abbildung neuer Baumaßnahmen im Wirtschaftsplan der
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) und die Veranschlagung von
Mieten bei Durchführung einer Eigenbaumaßnahme oder eines ÖPP-Projektes im
Bundeshaushalt**

Nach Ziffer 17 der Anlage 2 sind Baumaßnahmen für Dienststellen des Bundes im Inland durch die Bundesanstalt als Bauherrin im Rahmen des ELM abzuwickeln. Neuer Unterbringungsbedarf, z. B. wegen neuer oder veränderter Aufgaben oder aus Gründen der Bestandsoptimierung, wird durch eine der folgenden Maßnahmen gedeckt:

- Vermietung einer eigenen Liegenschaft der Bundesanstalt an den Nutzer zur ortsüblichen Vergleichsmiete oder Kostenmiete bei Spezialliegenschaften;
- Anmietung einer Liegenschaft von einem Dritten durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- aus dem Wirtschaftsplan der Bundesanstalt finanzierter Eigenbau im Rahmen des ELM mit der Bundesanstalt als Bauherrin (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- ÖPP-Projekt bei Abwicklung durch die Bundesanstalt ggf. unter Beteiligung der Partnerschaften Deutschland (PD);
- Kauf einer Liegenschaft durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die unter Tíret 3 (nachfolgend Buchstabe a) und Tíret 4 (nachfolgend Buchstabe b) genannten Unterbringungsvarianten mit Baukosten über 2.000.000 €¹ (große Baumaßnahmen) und Baukosten über 5.000.000 € für den Bereich des Auslandsbaus des Auswärtigen Amtes (einschließlich des Zuwendungsbaus im Ausland). Wird im Folgenden keine Differenzierung vorgenommen, gelten die Ausführungen für beide Unterbringungsvarianten gleichermaßen.

- a) Führt die Bundesanstalt eine Baumaßnahme als Bauherrin durch (Eigenbau), bildet sie die prognostizierten Kosten auf Grund der vom BMF anerkannten Kostenobergrenze in ihrem Wirtschaftsplan ab.

¹ ohne Baunebenkosten der KG 710-740

- b) Führt die Bundesanstalt ein ÖPP-Projekt durch, hat sie für ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber privaten Investoren und für eine ggf. erforderliche Anschubfinanzierung in ihrem Wirtschaftsplan Vorsorge zu treffen.

Gleichzeitig hat das nutzende Ressort in seinem Einzelplan (Titel 518 .2) die mit der Bundesanstalt abgestimmte Miete als Miet-VE zu veranschlagen und die Baumaßnahme und den ihr zugrunde liegenden Bedarf gegenüber den parlamentarischen Gremien zu vertreten. In den Titelerläuterungen sind die Baumaßnahme und ihr Verlauf darzustellen (gemäß Standarderläuterung Ziffer 10.4 HRB). Vorzusehen ist in der Regel eine 30-jährige Mietzeit. Die erstmalige Mietzahlung wird mit der Bezugsfertigkeit des Neubaus und Abschluss des Mietvertrags fällig.

Der Ablauf bis zur Aufnahme der Baukosten in den Wirtschaftsplan der Bundesanstalt sowie die Veranschlagung im Einzelplan des nutzenden Ressorts (Miete) gestaltet sich bei großen Baumaßnahmen im Einzelnen in folgenden Schritten (Ausnahmen hierzu sind nur in besonders zu begründenden Einzelfällen zulässig - siehe auch Nr. 10):

1.

Das Ressort trifft intern die grundsätzliche Entscheidung über den neuen Unterbringungsbedarf. Es legt die zu erfüllenden Anforderungen im Einzelnen (Raumbedarf, Standortpräferenzen, Sicherheitsanforderungen, Sonderbedarf, spezielle Anforderungen an die Gebäude/Bauteile etc.) fest. Bei umfangreichen Maßnahmen sollte das Ressort der Empfehlung der RBBau Abschnitt E/Nr. 2.2.1.5 folgend zur Vermeidung von Fehlplanungen eine Vorabklärung des Bedarfs mit BMF (Spiegelreferat und Referat II B 4) herbeiführen.

Danach hat sich das Ressort zur Realisierung des Vorhabens im Rahmen des ELM an die Bundesanstalt (nachrichtlich: Referat VIII A 4) zu wenden.

2.

Die Bundesanstalt führt für die im Einzelfall in Betracht kommenden Unterbringungsalternativen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 Abs. 2 BHO auch unter Berücksichtigung der für die Mietdauer voraussichtlich anzusetzenden Lebenszykluskosten durch. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen umfassen monetäre und erforderlichenfalls nicht-monetäre Bewertungen. Vor einer nicht-monetären Bewertung sollte geprüft werden, ob eine Monetarisierung vollständig möglich ist. Nicht-monetarisierbare Kosten/Nutzenaspekte seitens der Nutzer fließen in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ein. Die Eignung der Maßnahme als ÖPP-Projekt ist durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen, die von der Bundesanstalt selbst oder Dritten, wie beispielsweise der PD durchgeführt werden kann. Bei großen Baumaßnahmen hat die Bundesanstalt nach den Vorschriften der RBBau (Abschnitt E 2.2.2) auf der Grundlage der Ressortanforderungen mit baufachlicher Unterstützung der Bauverwaltung eine Variantenuntersuchung zur Bedarfsdeckung durchzuführen. Die Übernahme

der anfallenden Kosten hat das Ressort zuvor zu Lasten seines Einzelplans (soweit mehrere Bedarfsträger betroffen sind - verursachergerecht nach den jeweiligen Planungsanteilen) zuzusagen. In dieser Unterlage sind die realisierbaren Varianten der Bedarfsdeckung - wie eingangs dargestellt - zu dokumentieren sowie kostenmäßig und funktional zu bewerten. Um bei umfangreichen Maßnahmen für den Unterbringungsvariantenvergleich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen zu können, sind die voraussichtlichen Kosten der Eigenbaulösung und ggf. vorgetragene nicht-monetäre Aspekte des Nutzers vor der eigentlichen Anerkennung mit BMVBS und BMF (Referat II B 4) abzustimmen.

3.

Die Bundesanstalt unterbreitet dem Ressort das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung/Variantenuntersuchung und leitet das Ergebnis auch dem im BMF zuständigen Spiegelreferat zu. Gleichzeitig gibt die Bundesanstalt dem Ressort die nach Baufertigstellung und Abschluss des Mietvertrags voraussichtlich zu zahlende Miete bekannt. Soweit nach dem Ergebnis der Variantenuntersuchung eine Realisierung als ÖPP-Projekt vorgeschlagen wird, muss die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung überprüft und durch eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bestätigt werden.

4.

Das nutzende Ressort entscheidet über die Unterbringungsvariante auf Basis der (vorläufigen) Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bundesanstalt.

- a) Fällt die Entscheidung für eine Eigenbaumaßnahme, hat die Bundesanstalt die Qualifizierung zur ES-Bau nach Abschnitt E 2.2.3 RBBau und die baufachliche Genehmigung der ES-Bau und Kostenfestsetzung durch BMVBS herbeizuführen.
- b) Fällt die (vorläufige) Entscheidung für eine Realisierung als ÖPP-Projekt, werden die weiteren erforderlichen Schritte zur Durchführung als ÖPP-Projekt von der Bundesanstalt beauftragt (Ausschreibung und abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung).

5.

- a) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Anerkennung der ES-Bau mit zwei Exemplaren der ES-Bau über das Referat VIII A 4 beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (Referat VIII A 4 → Referat II B 4; nachrichtlich: Referat II B 5).
- b) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Zustimmung zur Durchführung des ÖPP-Verfahrens über das Referat VIII A 4 beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (Referat VIII A 4 → Referat II B 4; nachrichtlich: Referat II B 5).

6.

Das Ressort nimmt die mit der Bundesanstalt abgestimmte Miete (in der Regel als VE für 30 Jahre; Grundlage für den Abschluss der zwischen Bundesanstalt und Nutzer zu schließenden Infrastrukturvereinbarung und des Mietvertrags) in seinen Haushaltsvoranschlag auf und legt diesen dem zuständigen Spiegelreferat des BMF vor.

- a) Gleichzeitig meldet die Bundesanstalt den im Wirtschaftsplan abgebildeten Ausgabenbedarf als Beitrag zum Haushaltsvoranschlag zu Kapitel 6004 und legt ihn dem BMF (Referat VIII A 4 → Referat Z A 3 → Referat II B 5) vor.
- b) Sofern die nach dem Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wirtschaftlichste ÖPP-Variante eine Anschubfinanzierung vorsieht, ist für diese wie unter 7 a) zu verfahren. Im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt ist Vorsorge zu treffen.

7.

Auf Grundlage der haushaltswirtschaftlichen Prüfung von Referat II B 4 teilen die Referate II B 5 und VIII A 4 der Bundesanstalt sowie dem Spiegelreferat des Nutzerressorts und nachrichtlich dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einem gemeinsamen Schreiben unter Mitzeichnung des Referats II B 4 das Prüfungsergebnis

- a) zur ES-Bau mit einem Exemplar der Bauunterlage oder
- b) zur Anerkennung der bedarfsbegründenden Unterlagen

mit.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen stimmen sich das Referat II B 5 und das Spiegelreferat des Nutzerressorts über die Veranschlagung der Mieteinnahmen und des Ausgabenbedarfs im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt und der Mieten im Entwurf des Bundeshaushalts ab. Die Mieten berücksichtigen neben den Bauausgaben zusätzlich die Baunebenkosten der KG 710-740 und die Verwaltungskosten der Bundesanstalt. Betriebskosten sind im Titel 517.1 des Nutzerressorts zu veranschlagen.

8.

Das Ressort schließt - nach In-Kraft-Treten des Haushalts - auf der Basis der mit der Bundesanstalt abgestimmten und im Nutzerhaushalt ausgebrachten Miet-VE eine Infrastrukturvereinbarung ab, deren Gegenstand insbesondere die Zusage des Ressorts ist, das nach seinen in der ES-Bau niedergelegten Vorgaben errichtete Bauwerk bei Bezugsfertigkeit abzunehmen und anzumieten.

9.

- a) Die Bundesanstalt wird Bauherrin und Auftraggeberin gegenüber der Bauverwaltung des Landes bzw. dem BBR für eine konventionelle Eigenbaumaßnahme, das nach deren Fertigstellung vom Nutzer bezogen wird. Vor Besitzübernahme durch den Nutzer ist zwischen der Bundesanstalt und dem Nutzer ein ELM-Mietvertrag zu schließen. Entsprechend den vereinbarten Regelungen sind die Mietzahlungen aufzunehmen.
- b) Die Bundesanstalt wird der öffentliche Partner des ÖPP-Projektes und schließt den ÖPP-Vertrag mit dem Privaten ab, wenn nach dem Ergebnis der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der nach der ÖPP-Ausschreibung wirtschaftlichste Bieter gemäß den in der Ausschreibung festgelegten Kriterien auch im Vergleich zur Eigenbaulösung wirtschaftlicher ist.

Der Nutzer zahlt die Miete nach Fertigstellung der Baumaßnahme und Bezug an die Bundesanstalt (vgl. lit. a) Satz 2).

Sollte entgegen der (vorläufigen) Entscheidung nach 4. b) der Eigenbau wirtschaftlicher sein, ist die Anerkennung der ES-Bau nach den Schritten 4. a) ff. weiter zu verfolgen.

10.

Sofern für den reibungslosen Ablauf des Projektes in einem besonders zu begründenden Einzelfall eine Veranschlagung vor haushaltsmäßiger Anerkennung der ES-Bau notwendig ist, kann diese mit Zustimmung BMF (federführend Spiegelreferat; Referate II B 4, II B 5; Z A 3, VIII A 4) erfolgen. Unabhängig davon, ob ÖPP in Betracht kommt, ist die Maßnahme wie ein Eigenbau zu veranschlagen.

11.

Die bestehenden, laufenden Kooperationsverfahren mit der Wirtschaft (ÖPP-Maßnahmen) im Infrastrukturbereich der Bundeswehr werden vertragsgemäß durch die Bundeswehr weitergeführt und sind auch nicht Gegenstand der Dachvereinbarung zwischen BMVg, BMF und Bundesanstalt. Danach werden investive militärische Baumaßnahmen in den Dienstliegenschaften weiterhin durch BMVg als eigenfinanzierte Baumaßnahmen aus dem Einzelplan 14 durchgeführt.

Für zukünftige infrastrukturbezogene militärische ÖPP-Maßnahmen verbleibt die Zuständigkeit nach der in der o. g. Dachvereinbarung getroffenen Aufgabenverteilung auch weiterhin beim BMVg, wohingegen zukünftige nicht-militärische Baumaßnahmen in der Verantwortung der Bundesanstalt durchgeführt werden.

Die Bundesanstalt wird bei allen zukünftigen ÖPP-Projekten der Bundeswehr von Beginn an einbezogen, soweit ihre Zuständigkeit nach Maßgabe dieser Dachvereinbarung berührt ist.

Sonderregelung für militärischen Unterbringungsbedarf:

Auf der Grundlage der Dachvereinbarung zur Umsetzung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Geschäftsbereich des BMVg erteilt die Bundeswehr der Bundesanstalt bei einem Unterbringungsbedarf, der aufgrund der Entscheidung des BMVg durch eine Baumaßnahme gedeckt werden soll, dann den Auftrag zur Variantenuntersuchung mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wenn und soweit es sich um einen nicht-militärischen Unterbringungsbedarf handelt.

Bei einem vom BMVg als militärischer Unterbringungsbedarf qualifizierten Bauvorhaben ist die Bundeswehr für die Variantenuntersuchung (einschließlich Finanzierungsverantwortung) zuständig. Ihr steht es hierbei offen, die Bundesanstalt als Dienstleister ganz oder teilweise mit der Durchführung zu beauftragen. Davon unberührt bleibt die Obliegenheit des Nutzers BMVg die Liegenschaftseigentümerin Bundesanstalt in die Planung und Durchführung auch militärischer Baumaßnahmen frühzeitig einzubinden.

Dokumentation der Sonderabgaben im Haushaltsplan 2015

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigelegten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, ab dem Jahr 2005 alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (Umdruck des Gerichts, S. 43, 47) in den Haushalt aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung der Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang sollen sichtbar gemacht werden. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit der Übersicht VII zum Bundeshaushalt 2005 wurde diese Verpflichtung erstmals umgesetzt und in den Folgejahren fortgeschrieben. Dabei ist zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben vorsorglich aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Für den Bundesbereich sind im 1. Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 insgesamt 33 Abgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 2,0 Mrd. € (Gesamthöhe bezieht sich nur auf die Abgaben, für die die Abgabenhöhe bereits zum Zeitpunkt des Kabinettschlusses ermittelt werden konnte) dokumentiert.

Auch für das Haushaltsjahr 2015 wird die Übersicht entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts fortgeschrieben.

Ich bitte daher um Überarbeitung bzw. Ergänzung und weise auf Folgendes hin:

- Die Abgrenzung, ob im konkreten Fall eine Sonderabgabe vorliegt, ist nicht an der Bezeichnung der Abgabe (z. B. Gebühr, Beitrag, Abgabe, Umlage, Eigenanteil, Kostenerstattung) zu orientieren, sondern an der Verfassungsrechtsprechung zu dieser Abgabenart.
- Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist. Wegen dieser Konsequenz weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Abgabe um eine Sonderabgabe handelt und sie in die Anlage aufzunehmen ist, vom jeweiligen Fachressort zu verantworten ist.
- Soweit eine Sonderabgabe aufgrund Landesrechts erhoben wird, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird die Sonderabgabe nur in dem entsprechenden Landeshaushalt aufgeführt.
- Sonderabgaben, bei denen der Rechtsgrund durch Bundesrecht begründet ist, eine weitere Umsetzung durch Landesrecht nicht erfolgt, die Abgabe jedoch von den Ländern erhoben wird, werden in das Bestandsverzeichnis des Bundes aufgenommen.

Anhang 10

zu BMF - II A 1 - H 1105/13/10002 :001
DOK: 2013/0997784

[Ressort]

Hinweis: Vor Übersendung an BMF bitte die Erläuterungen und Beispiele löschen!

Zusammenfassung Personalanforderungen zum Haushaltsentwurf 2015

hier: Einzelplan xx

Stellenforderungen zum Haushalt 2015 - Bereich oberste Bundesbehörden

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Stellenforderungen zum Haushalt 2015 - Nachgeordneter Bereich

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LU	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Stellenforderungen zum Haushalt 2015 - Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger

Kap/Tit Erl.-Nr. (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Zusätzliche Hinweise:

- Aufzunehmen sind folgende Stellenplanveränderungen: Neue Planstellen/Stellen; Wegfall von Planstellen/Stellen; Neue ku-/kw-Vermerke; Hebungen/Absenkungen, Umsetzungen, Umwandlungen von Planstellen/Stellen; Ausbringung und Anpassung von Leerstellen, die im Haushaltsvollzug nicht möglich sind. Dabei sind die Verlängerung und der Wegfall von kw-Vermerken als Ausbringung neuer Planstellen/Stellen mit/ohne kw-Vermerk gegen Wegfall der bisherigen Planstellen/Stellen mit kw-Vermerk darzustellen.
- **Das Nachvollziehen von bereits im Haushaltsvollzug bewilligten Stellenplanveränderungen (z.B. die Ausbringung von Planstellen und Stellen für Überhangpersonal gem. Haushaltsgesetz oder der Aufgabenübergang gem. § 50 BHO) ist unter Hinweis auf die erfolgte Bewilligung zu erfassen. Die entsprechenden Planstellen und Stellen für Überhangpersonal sind in jedem Fall mit „N“ zu kennzeichnen (keine Erfassung als Umsetzung).**
- Die Erfassung von technischen Stellenplanveränderungen (wie z. B. das Wirksamwerden von kw-Vermerken und der Wegfall von Leerstellen) ist nicht erforderlich.
- Detaillierte bzw. ergänzende Begründungen und Erläuterungen zu den Stellenplanveränderungen (z. B. Personalbedarfsberechnung; Dienstpostenbewertung/Arbeitsplatzbeschreibung; Kostenvergleichsberechnungen; ggf. weitere finanzielle Auswirkungen) sind formlos als gesonderte Anlage beizufügen.
- Die Spalte „Haltung BMF“ ist beim Voranschlag unberücksichtigt zu lassen; sie dient der Vorbereitung der Haushaltsgespräche.

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Muster

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Beispiel für neue Planstellen/Stellen

<u>0614</u> (StBA)	N	+ 2	A 11			Grundsicherung im Alter, SGB XII
<u>1209</u> (Lkw- Maut))	N	+ 1	A 9 m			Nachvollzug nach Ausbringung einer Planstelle für Überhangpersonal gem. § 16 HG im Aufgabenbereich Zuwendungsverfahren (BMF-Schreiben v. xx.xx.2014 – Az.)

Beispiel für neue Planstellen/Stellen (mit Ausgleich)

<u>1214</u> (DWD)	N	+ 3	A 13 g, A 12, A 11 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), 0,5 A 7 bei Kap. 1221			Neue Aufgabe im Bereich ...
----------------------	---	-----	---	--	--	-----------------------------

Beispiel für Umsetzung

<u>0812</u> (BMF)	Us	- 1	A 13 g			Sachbearbeiter Bundeshauptkasse (Umsetzung nach Kap. 0803)
----------------------	----	-----	--------	--	--	--

Beispiel für „Schieben“ von kw-Vermerken

<u>0912</u> (BMW i)	N/kw	+ 3	A 15 (2), A 13 g alle kw 31.12.2016 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), A 13g alle kw 31.12.2015			Fortdauer der Aufgabe „...“
------------------------	------	-----	--	--	--	-----------------------------

Beispiel für Wegfall von kw-Vermerken

<u>0512</u> (AusIV)	kw	- 3	A 11 (3)			Überprüfung von VISA-Anträgen (Daueraufgabe)
------------------------	----	-----	----------	--	--	--

Beispiel für Wegfall von Stellen

<u>0624</u> (BKA)	W	- 6	A 13 g, A 7, E 10, E 9, E 8 (2)			Wegfall aufgrund Organisationsprüfung (IT-Bereich)
----------------------	---	-----	------------------------------------	--	--	--

Beispiel für neue kw-Vermerke

<u>1013</u> (JKI)	kw	+ 1,5	E 5 (1), E 5 (0,5) spätestens 31.12.2015			Umsetzung des Konzepts für eine zukunftsfähige Ressortforschung
----------------------	----	-------	--	--	--	---

Beispiel für Hebung

<u>1713</u> (BAFzA)	H	2	E 14 nach E 15 <u>Ausgleich:</u> Wegfall E 5 (0,5)			Tarifgerechte Eingruppierung Beschäftigter auf Referatsleiterdienstposten, die nach E 15 bewertet sind
------------------------	---	---	--	--	--	--

Beispiel für Umwandlung

<u>0814</u> (BADV)	Uw	2	A 11 nach E 11			gem. VV Nr. 2 zu § 49 BHO
-----------------------	----	---	----------------	--	--	---------------------------

*) N = Neue Planstellen/Stellen	Us = Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku] = Neue kw- [ku-] Vermerke
N/kw = Neue Planstellen/Stellen	Us/kw = Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L = Neue Leerstellen
[N/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	La = Leerstellenanpassungen
W = Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw = Umwandlungen	LUs = Leerstellenumsetzungen
W/kw = Wegfall von Planstellen/Stellen	H = Hebungen	We = Wechselstellen
[W/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	A = Absenkungen	

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Stelleneinsparung bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern und sonstigen entsprechend geförderten Einrichtungen

Bei den Zuwendungsempfängern sind im Regierungsentwurf 2015 je Einzelplan folgende Einsparungen zu erbringen:

0,4 Prozent der Planstellen für Beamtinnen und Beamte (Nachvollziehen der zusätzlichen Stelleneinsparung 2014 aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 40 Stunden).

Einrichtungen mit weniger als 250 Planstellen bleiben von der Einsparung ausgenommen.

Grundlage für die Berechnung der Einsparung ist das Planstellensoll 2014. Planstellen, die einen kw-Vermerk tragen, sind in die Berechnung nicht einzubeziehen. Die ermittelte Einsparung kann einrichtungsbezogen auf ganze Planstellen abgerundet werden.

Die Einsparung kann auch bei Stellen für Arbeitnehmer erbracht werden.

Soweit im Einzelfall bei den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Einrichtungen, in denen der Bund lediglich eine Minderheitsfinanzierung besitzt, Stelleneinsparungen im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Länder nicht durchsetzbar sind und der Aufgabenbereich der Einrichtung die Beibehaltung des bisherigen Stellenbestandes rechtfertigt, kann auf die Stelleneinsparung verzichtet werden, wenn der hierdurch entstehende Ausgabenmehrbedarf durch Umschichtung gedeckt werden kann. In einem solchen Fall bleibt das Stellensoll dieses Zuwendungsempfängers bei der Berechnung der Einsparungen unberücksichtigt.

Planstellen, die mit kw-Vermerk versehen sind, dürfen zur Erfüllung der Einsparquote nicht eingespart werden. Planstellen, die aufgrund der Beendigung der institutionellen Förderung nicht mehr benötigt werden, können nicht auf die Einsparung angerechnet werden, wenn die Einrichtungen weiterhin im Wege der Projektförderung finanziert werden. Die Bemessungsgrundlage vermindert sich jedoch um das jeweilige Planstellensoll 2014.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)